ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Wohin tendiert die Wirtschaftspolitik der USA

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1952) : Wohin tendiert die Wirtschaftspolitik der USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 12, pp. 735-736

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/131636

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

weltpolitischen Spannungen erlebt hat, abschließen kann. Eine erfolgreiche aktive Konjunkturpolitik im Sinne der Sicherung der Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und Krisenverhütung ist also nach bisherigen Erfahrungen nur auf breitester internationaler Basis oder überhaupt nicht möglich.

In der Weltwirtschaft spielen aber heute mehr denn je die USA. eine führende Rolle, auf die allein fast die Hälfte des gesamten Produktions- und auch des gesamten Verbrauchsvolumens der freien Welt diesseits des Eisernen Vorhangs entfällt. Alles hängt demnach praktisch von dem wirtschaftlichen Kurs ab, den die neue Regierung Eisenhower einschlagen wird. Wird dieser Kurs den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragen und so eine internationale Koordination der zu treffenden konjunkturpolitischen Maßnahmen herbeiführen, so wird man weder international noch in der Bundesrepublik besonderen Anlaß zu Befürchtungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Wirtschaftskonjunktur haben. Eine solche internationale Koordination wäre besonders für den Fall eines allmählichen Nachlassens des gegenwärtigen Aufrüstungstempos im Sinne der Sicherung eines allmählichen Übergangs von rüstungsbedingten Investitionen und der Rüstungsgüterproduktion auf Investitionen im Zivilbereich der Wirtschaft und Herstellung von Konsumgütern für Zivilbedarf erforderlich. Das wäre sowohl im Rahmen einer freien Marktwirtschaft mit den heute der Wirtschaftspolitik zur Verfügung stehenden marktkonformen Mitteln der Konjunktursteuerung ebenso gut möglich wie im Rahmen einer staatlich gelenkten Wirtschaft mit den dieser Wirtschaftsordnung gemäßen Mitteln der staatlichen Wirtschaftsplanung.

Sollte jedoch eine rechtzeitige Koordinierung der erforderlichen konjunkturpolitischen Maßnahmen verabsäumt werden, so wäre allerdings die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß ein etwaiges Nachlassen der Rüstungsanstrengungen vor allem auf dem Gebiete der Investitionen doch zu einer, und sei es auch nur vorübergehenden krisenhaften Schrumpfung des gesamten Produktionsvolumens und damit auch des Beschäftigungsgrades in der ganzen westlichen Welt und damit auch in der Bundesrepublik führen würde.

Ebenso wie auf politischem und militärischem Gebiet, so bedarf die freie Welt auch auf wirtschaftlichem Gebiet sowohl nationaler als auch übernationaler Planungs- und Koordinierungsgremien, deren Aufgabe in rechtzeitiger koordinierender Planung, Vorbereitung und Durchführung der im Rahmen der für die freie Welt charakteristischen freien marktwirtschaftlichen Ordnung jeweils erforderlichen wirtschafts- und konjunkturpolitischen Maßnahmen bestände, die der Stetigkeit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Ländern und in der westlichen Welt zu dienen haben.

Wohin tendiert die Wirtschaftspolitik der USA?

Cambridge, Mass., den 3. 12. 52

Die Frage nach den wahrscheinlichen Veränderungen der amerikanischen Wirtschaftspolitik wird überall in den Staaten lebhaft und mit unterschiedlichen Antworten diskutiert. Jedoch lassen sich bis jetzt nur grobe Umrisse erkennen; so wurde nämlich weder der Wahlkampf innerhalb der Republikanischen Partei, der mit dem Sieg eines international eingestellten Kandidaten über seinen konservativ-isolationistischen Gegenspieler, Senator Taft, endete, noch der Kampf zwischen den Parteien, der den unerwartet eindeutigen Sieg des Republikaners Eisenhower brachte, mit Argumenten über die Wirtschaftspolitik bestritten. Die Wahlreden des künftigen Präsidenten und die Auslese seiner Mitarbeiter tragen wesentlich mehr zur Klärung der Situation bei als die Tatsache des republikanischen Wahlsieges. Denn die Unterschiede zwischen den beiden Parteien waren seit jeher geringer als die Differenzen innerhalb der Parteien. Man sieht mehr Gemeinsames zwischen den progressiven oder liberalen Politikern beider Parteien als mit den konservativen; sodann trennt man die isolationistisch Gesonnenen von den Internationalisten. Der neue Präsident hat die Mehrzahl seiner Mitarbeiter aus dem Kreise der konservativen Internationalisten gewählt, die sich der Tatsache bewußt sind, daß „die Uhr nicht zurückgestellt werden kann". Die Spannungen in der Weltpolitik sind für die neuen Männer genau so ein Datum wie das landwirtschaftliche Preisstützungssystem, die Sozialversicherung und die Auslandshilfen; nur unter Berücksichtigung dieser Ausgangslage können Veränderungen diskutiert werden. Erfolgreiche Geschäftsleute, Bankdirektoren und Anwälte sollen die Universitätsnationalökonomen und Planer, die einmal den „New Deal" geschaffen haben, ablösen. Dagegen behaupten viele Demokraten, diese „Planer" seien seit langem durch „mittelmäßige" Routinepolitiker ersetzt gewesen. Wie stark der Einfluß der zweiten überragenden Persönlichkeit der Republikaner, Senator Taft, sein wird und wie dieser Einfluß sich auswirken wird, das wird sich erst allmählich nach dem 20. Januar zeigen.

Die Wirtschaftspolitik spielte im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle im Rahmen des Gesamtprogrammes „Bewahrung der Freiheit in der Heimat und Verstärkung der Freiheit im Ausland". Diese Freiheitsliebe kommt in den folgenden acht wichtigsten wirtschaftspolitischen Forderungen zum Ausdruck. Vorweg sei bemerkt: Der Grundsatz einer auf privater Unternehmerinitiative aufgebauten Marktwirtschaft bei Förderung der Wehrbereitschaft wurde ohne Diskussion allgemein anerkannt.

1. Die Machtstellung der Bundesregierung soll eingeschränkt werden. Man erhofft nicht nur die baldige Beseitigung der Preis- und Lohnkontrollen, des bisher wehrwirtschaftlich notwendigen Prioritätssystemes, sondern auch zugleich

eine Milderung des Steuer- und des Inflationsdruckes. Ob diese Wahlkampfversprechen eingelöst werden können, wird bezweifelt.

2. Statt auf dem sanften Kissen einer ständig wachsenden Verschuldung auszuruhen und mit einem Haushaltsdefizit von 8 Mrd. Dollar die Prosperität voranzutreiben, will man die Staatsausgaben einschränken und einen Etatsausgleich anstreben. Man hofft, rund 10 Mrd. oder mehr Dollar von einem 80 bis 85 Mrd.-Etatvoranschlag einsparen zu können. Der entscheidende Posten ist dabei der Wehretat, der im laufenden Finanzjahr von 51 auf 46 Mrd. Dollar zusammengestrichen wurde und diesmal ungefähr die gleiche Höhe erreichen wird. Man betont, daß der neue Präsident als Militärfachmann eine höhere Wirksamkeit des für Wehrbelange ausgeworfenen Betrages erreichen würde und eher als sein Gegner im Wahlkampf zu Abstrichen bereit wäre. Rechnet man zum eigentlichen Wehretat noch die gegenseitige Auslandshilfe, die Veteranenversorgung, die Atomforschung und ähnliche Ausgaben im Interesse der Wehrbereitschaft dazu, dann wurde gar nur ein Siebentel für „Nicht-Verteidigungs"-Ausgaben verwandt.

3. Das durch diese außenpolitisch bedingten Staatsaufgaben und Aufwendungen entstandene Haushaltsdefizit übt einen Inflationsdruck aus, dem man bislang durch ein Netz von Preis- und Lohnkontrollen sowie durch Einschränkung des Konsumenten- und sonstigen Kredites begegnen wollte. Die direkten Kontrollen sucht man nun abzuschaffen, da sie einmal unpopulär und zweitens wenig wirksam waren. Der Zeitpunkt für solche Maßnahmen scheint günstig zu sein, da der starke Preisauftrieb des Koreabooms bereits im letzten Jahr abgefangen wurde. Zwar stiegen die Lebenshaltungskosten geringfügig, dafür gaben aber die Großhandelspreise nach. Zur Frage der Staatsverschuldung wiesen die Demokraten mit Recht darauf hin, daß seit 1946 die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand um über 7 Mrd. Dollar, die Privatverschuldung aber um mehr als 30 Mrd. Dollar stieg.

4. Bei dieser fiskalischen Lage ist kaum zu erwarten, daß eine fühlbare Steuerherabsetzung durchgeführt werden kann; einige Anzeichen sprechen jedoch dafür, daß man die Übergewinnsteuer im nächsten Etatsjahr fallen lassen wird, um die allgemeine Produktivität zu erhöhen.

5. Die republikanische Partei ist in der Volksmeinung noch immer belastet mit dem Vorurteil einer unzureichenden Krisenbekämpfung in der großen Weltwirtschaftskrise. Überspitzt wurde im Wahlkampf formuliert: „Wenn die Republikaner an die Macht kommen, wird eine Wirtschaftskrise ausbrechen und vier Jahre später sind wir wieder am Ruder!" Man macht sich erhebliche Sorgen, wie bei dem in rund neun Monaten zu erwartenden Abnehmen der Rüstungsaufträge die gegenüber der Vorkriegszeit mehr als verdoppelte Industriekapazität weiter voll beschäftigt werden kann. Diese Probleme hofft man aber zu meistern durch den Ausbau großer Autobahnen, verstärkten Wohnungsbau und durch die Befriedigung der aufgestauten Nachfrage nach Gütern des höheren Bedarfs wie Fernsehapparaten, Kühlschränken, Klimaanlagen usw. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß bei Depressionserscheinungen die neue Regierung genau so alle Mittel der „fiscal policy" zur Sicherung einer ausreichenden effektiven Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern anwenden wird, wie es eine andere Regierung getan hätte. Vielleicht gelingt es ihnen sogar, vorher eine günstigere Ausgangslage zu schaffen.

6. Die über die Zuwachsrate der effektiven Leistungssteigerung hinaus wachsenden Arbeitskosten bedeuten ebenfalls eine erhebliche Inflationsdrohung. Grundsätzlich neigt die neue Regierung mehr zu einer Einschränkung der Macht der Gewerkschaften als die alte. Der neue Präsident ist gegen die Empfehlung der beiden großen Gewerkschaften gewählt worden und hat sich auch nicht zu wesentlichen Einschränkungen des hart umstrittenen Taft-Hartley-Arbeitsgesetzes bereiterklärt. Die bisherigen Sozialversicherungsgesetze werden sicherlich beibehalten.

7. Der neu gewählte Präsident versicherte nachdrücklich seine Bereitschaft, die Preisstützungsaktionen im Bereich der Landwirtschaft fortzusetzen, ja sogar zu verstärken. Dieses widerspricht der Idee einer Marktwirtschaft und beeinträchtigt den Welthandel, wurde aber anscheinend als eine notwendige Konzession zur Sicherung der Mehrheit im Senat angesehen. Da jeder Staat zwei Senatoren zu wählen hat — gleichgültig wie groß er ist —, spielen manche Agrarstaaten des Westens eine übergroße Rolle in der US.-Politik. Die Stabilisierung der Agrarpreise auf einem sehr hohen Niveau zwingt die Regierung zum Ankauf erheblicher Überbestände, deren Finanzierung und Verwendung problematisch bleibt.

8. Im Bereich der Außenwirtschaft steht die Regierung vor einem Dilemma. Man will die Belastung der Steuerzahler durch die mit rund 7 Mrd. Dollar veranschlagte Auslandshilfe abbauen, andererseits weder Konzessionen in der Zollpolitik machen noch die Förderung eines weltweiten Austausches zwischen allen freiheitlich-demokratischen Völkern verleugnen. Dieses Problem wird an der Ostküste der USA. durchaus gesehen; lebhaft wird für einen Abbau der Zölle und anderen Handelshemmnisse geworben. Aber alle diese Argumente sind für die agrarpolitisch und isolationistisch eingestellten Politiker völlig uninteressant, weil sie nur ihre vor ihren eigenen Wählern zu verantwortenden binnenwirtschaftlichen Nöte sehen. So ergibt sich eher eine Tendenz zur Erhöhung von Zollsätzen als zum Abbau. Bei der gegenwärtigen Machtverteilung wird sich aber weder die eine noch die andere Richtung eindeutig durchsetzen können.

Optimisten glauben, daß allein die Existenz einer Persönlichkeit vom Format Eisenhowers als Präsident der USA. zu einer Entspannung der Weltlage beitragen und alle aggressiven Absichten des Ostens im Keime ersticken würde. Mögen diese Optimisten Recht behalten und mögen niemals die verantwortlichen neuen Führer diesem leichtsinnigen Optimismus verfallen! (Rp)